

Positionspapier

Regionalpolitik und Handwerk – Rahmenbedingungen für Unternehmen vor Ort nachhaltig sichern

Beschluss des ZDH-Präsidiums

Berlin, Februar 2018

Regionalpolitik und Handwerk – Rahmenbedingungen für Unternehmen vor Ort nachhaltig sichern

Handwerksunternehmen tragen entscheidend zur Aktivierung lokaler Potenziale, zur Umsetzung von Innovationen und zur Wertschöpfung an ihren Standorten bei. Sie bilden damit einen wesentlichen und unverzichtbaren Stabilitätsanker vor Ort. Als Familienunternehmen sind sie häufig seit Generationen in ihren Regionen verwurzelt und innerhalb der örtlichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen intensiv vernetzt. Das Handwerk ist dadurch aber in besonderer Weise auf funktionsfähige regionale Umfeldler angewiesen. Neben einem mittelstandsgerechten ordnungspolitischen Rahmen setzt dies eine nachhaltige Regionalpolitik voraus, die zur langfristigen Sicherung der wirtschaftlichen Standortbedingungen, zur Schaffung von leistungsfähigen Infrastrukturen und zur Gewährleistung attraktiver Lebensbedingungen vor Ort beiträgt.

In Deutschland werden alle Regionen mit ihren jeweiligen spezifischen Vorzügen auch künftig als Wirtschafts- und Wohnstandorte gebraucht: Ballungsräume wie ländliche Regionen – periphere wie zentrale Räume. Für alle Regionen sind Zukunftsperspektiven zu sichern und Potenziale zu heben. Kleine und mittelgroße Unternehmen des Handwerks können hierzu entscheidend beitragen.

Bereits heute bieten die deutsche Regionalförderung, die EU-Kohäsionspolitik, die speziellen Programme für den ländlichen Raum und ergänzende Maßnahmen der Länder und Fachministerien bedeutsame Instrumentarien zur Stärkung regionaler Strukturen. In den nächsten Jahren erfolgen jedoch wichtige Weichenstellungen angesichts des Auslaufens des Solidarpaktes II im Jahre 2019, der Neustrukturierung der EU-Kohäsionspolitik nach 2020 sowie der andau-

ernden Debatten über die langfristige Finanzausstattung der Kommunen und die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland.

Das ZDH-Präsidium fordert die Politik in Bund und Ländern sowie auf der europäischen Ebene auf, die regional- und strukturpolitischen Instrumente langfristig zu stärken und weiterzuentwickeln, um auch angesichts der wachsenden Herausforderungen der Digitalisierung, der Integration, des demographischen Wandels und der wirtschaftlichen Strukturveränderungen alle Regionen in ihren spezifischen Qualitäten sichern und insbesondere die Potenziale kleiner und mittlerer Unternehmen einbinden zu können.

Ziel regionalpolitischer Maßnahmen muss die Schaffung selbsttragenden wirtschaftlichen Wachstums sein. Dabei bildet die Sicherung der Rahmenbedingungen für die erfolgreiche Betätigung von kleinen und mittleren Unternehmen einen zentralen Kern. Die wichtige Ankerfunktion gerade der Handwerksbetriebe wird nur auf Dauer erhalten werden können, wenn die richtigen Rahmenbedingungen für kontinuierliche Betriebsentwicklungen, Umsetzung moderner Techniken, Fachkräfteversorgung und Unternehmensnachfolgen gewährleistet werden. Notwendig sind vor allem langfristig angelegte zielgerichtete Instrumente zur Anregung von Innovationen, zum Abbau von Investitionsschwellen bei kleineren Unternehmen, zur Sicherung der schulischen und beruflichen Bildung in der Fläche und zur Gewährleistung leistungsfähiger Verkehrs- und Telekommunikationsverbindungen sowie Nahversorgungsstrukturen.

Die bisherigen Planungen zur Stärkung der **Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW)**, die auch

nach dem Auslaufen des Solidarpaktes II den Kern der deutschen Regionalpolitik bilden soll, werden begrüßt. Durch Anpassung der heutigen Exportbasisorientierung sollten jedoch die Möglichkeiten der Einbeziehung regional tätiger Handwerksbetriebe in Investitionsförderungen verbessert werden. Die heutige Begrenzung auf Betriebe mit überwiegendem Absatz („Export“) ihrer Produkte und Dienstleistungen über 50 km hinaus, ist um eine gezielte Förderung von regional tätigen Betrieben zu ergänzen. Diese Betriebe müssen in strukturschwachen Gebieten – unter Vermeidung von Gießkannenförderungen und Verdrängungseffekten – bei der Umsetzung wichtiger Innovationen flankiert werden, um ihre regionale Wertschöpfung zu erhalten und weiterzuentwickeln. Die immer noch notwendige Unterstützung der Neuen Bundesländer – insbesondere bei der Weiterführung des Aufbaus der mittelständischen Basis – ist um eine stärkere deutschlandweite Ausrichtung der Instrumente entsprechend der Strukturschwäche der jeweiligen Regionen zu ergänzen. Fortzuführen und zu intensivieren sind die bisherigen Anstrengungen der GRW zur Verbesserung der baulichen Infrastruktur der beruflichen Bildung.

Zahlreiche Instrumente der **Europäischen Kohäsionspolitik** haben sich hinsichtlich der Aktivierung und Stabilisierung von kleinen und mittelgroßen Unternehmen und bei der Verbesserung von wirtschaftlichen Standortbedingungen in den Regionen bewährt. Die EU-Fonds EFRE und ESF leisten aus Sicht des Handwerks auch wichtige Beiträge zur Sicherung der beruflichen Bildung im dualen System in Deutschland, vielfach unter direkter Einbindung der Bildungseinrichtungen der Handwerksorganisationen. Die Kohäsionspolitik sollte als starkes und in den Regionen sichtbares Instrument der EU über 2020 hinaus fortgeführt und nicht zugunsten zentral gesteuerter Instrumente (wie dem „Juncker-Fonds“) reduziert werden. Die Regionen in Deutschland müssen weiterhin grundsätz-

lich förderfähig bleiben, um bewährte innovative Instrumente der Mittelstandspolitik, Maßnahmen zum Ausgleich von Fördergefällen an EU-Binnengrenzen und Aktivitäten zur proaktiven Sicherung der Standortqualität von im europäischen Vergleich stärkeren Gebiete fortführen zu können. Die Vorschriften sind jedoch deutlich zu entbürokratisieren. Schon heute sind die Belastungen durch umfangreiche Einzelnachweise beispielsweise bei der einzelbetrieblichen Beratung und der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung angesichts der jeweils relativ geringen Fördersätze unverhältnismäßig. Ohne entscheidende Schritte der Entbürokratisierung ist die erfolgreiche Einbindung kleiner und mittlerer Unternehmen gefährdet. Insbesondere die wachsenden Anforderungen des Beihilferechts müssen reduziert werden, damit die Ziele der Kohäsionspolitik – ebenso wie nationaler Regionalpolitiken – nicht konterkariert werden.

Neben wirtschaftlich prosperierenden **ländlichen Gebieten** gibt es abseits der Ballungsgebiete zahlreiche Regionen mit wachsenden ökonomischen und infrastrukturellen Defiziten. Für das Handwerk sind ländliche Regionen keine „Resträume“ sondern Zukunftsräume: Sie können auch bei abnehmender Bevölkerungszahl Unternehmen und Familien eine nachhaltige, attraktive Perspektive bieten. Diesen Räumen kommen auch gesamtgesellschaftlich unverzichtbare Funktionen zu: Hier erfolgt nicht nur ein wesentlicher Teil der wirtschaftlichen Wertschöpfung; ländliche Räume sind auch Wohnorte von mehr als der Hälfte der deutschen Bevölkerung. Ihre Attraktivität als Wohn- und Lebensorte muss dauerhaft gesichert werden, da ansonsten eine weitere Überlastung der Ballungsräume droht.

Gesichert werden muss, dass auch ländliche Räume eine leistungsfähige Verkehrsanbindung behalten und im Bereich der Breitbandanbindung und des mobilen Internets auf einen hohen

und den Ballungsräumen gleichwertigen Standard gebracht werden.

Gerade kleineren Unternehmen muss darüber hinaus auch gezielt bei der Überwindung von Innovationshürden geholfen werden, was in ländlichen Räumen mit ihrer geringeren Bevölkerungsdichte vielfach nicht refinanzierbar wäre. Notwendig ist im Rahmen der Politik für ländliche Räume der Übergang zu einem integrierten, alle Wirtschaftsbereiche umfassenden strukturpolitischen Ansatz.

Die trotz Ankündigung in der letzten Legislaturperiode unterbliebene konsequente Weiterentwicklung der „Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz“ (GAK) zur „Gemeinschaftsaufgabe Ländliche Entwicklung“ sollte nunmehr zügig umgesetzt werden. Auch die positiv zu wertenden branchenübergreifenden Ansätze des EU-Fonds für ländliche Entwicklung (ELER) sind nach 2020 weiterzuentwickeln und durch die Schaffung besserer Kofinanzierungsmöglichkeiten über die GAK zu flankieren, um sie in Deutschland stärker als bisher in der Fläche wirksam werden zu lassen.

Das wachsende Interesse der Menschen an „**Regionalität**“, an regionalen Produkten und regionalen Qualitäten und Identifikationen, kann – nicht als Gegenpart, sondern in Ergänzung der Globalisierung – eine Chance zur Stärkung regionaler Wertschöpfungsstrukturen gerade aus Sicht des Handwerks bieten. Auch die öffentliche Hand sollte stärker als bisher im Rahmen ihrer Wirtschafts- und Vergabepolitik regionale Kreisläufe unterstützen.

Das Handwerk als unverzichtbarer Anbieter von Nahversorgungs-, Arbeitsplatz- und Ausbildungsstrukturen auch in metropolfernen Räumen wird dauerhaft nur zu sichern sein, wenn sowohl die **Fachkräfteversorgung als auch die Unternehmensnachfolgen** langfristig gesichert

werden. Um perspektivisch die notwendigen Fachkräfte gewinnen zu können, ist es aus Sicht des Handwerks deshalb über die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen hinaus entscheidend, dass die ländlichen Räume auch in Hinblick auf Kultur, Freizeit und Kommunikationsanschlüsse attraktiv für Familien, Jugendliche und alle Altersgruppen bleiben.

Jugendliche werden nur für Ausbildungsstellen zu gewinnen sein, wenn die Strukturen der Berufsausbildung durch beide Partner des dualen Systems – sowohl im Bereich der Bildungsstätten des Handwerks als auch in Hinblick auf die öffentlichen Berufsschulen – in hoher Qualität und auch erreichbar in der Fläche weitergeführt und modernisiert werden.

Die Sicherung der Unternehmensnachfolge – insbesondere vor dem Hintergrund, dass diese zunehmend von außen kommen muss – ist stärker regional- und förderpolitisch zu flankieren. Die große Anzahl anstehender Betriebsübergaben in den nächsten Jahren erfordert erhebliche Anstrengungen – sowohl der Handwerksorganisationen selber als auch der öffentlichen Hand und der Förderbanken. Ohne die erfolgreiche Umsetzung der bevorstehenden Betriebsübergaben droht ein Wegbrechen der wichtigen regionalen Ankerpunkte, für die es keinen Ersatz geben wird, was gerade in ländlichen Räumen eine weitere Abwärtsspirale erzeugen würde. Neben der Gründerförderung muss deshalb die Pflege und Weiterführung bestehender Unternehmensstrukturen stärker in den Fokus von Politik und Förderbanken rücken.

./.